

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Nr. 647.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 15. September.

Annoncen.  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 14. September. Der König hat geruht: dem Gerichtsschreiber, Sekretär Rath in Olpe, bei seiner Pensionierung, dem Sekretär bei der Staatsanwaltschaft, Braun in Görlitz, den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem General-Sekretär des land- und forstwirtschaftlichen Hauptvereins für das Fürstenthum Hildesheim, C. Bonzen zu Hildesheim, den Charakter als Oeconomie-Rath zu verleihen; sowie den praktischen Arzt Dr. Weigmann zu Glatz, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der genannten Stadt für die gesetzliche sechsjährige Amts dauer zu bestätigen.

## Politische Uebersicht.

Posen, 15. September.  
Die Barnbüler'schen sog. „Enthüllungen“ über russisch-französische Bündnisverhandlungen können noch immer nicht zur Ruhe kommen. Einer pariser Meldung von „Hirsch's Tel.-B.“ zufolge soll Herr Waddington am Montag das direkte Erjuchen an den Fürsten Bismarck gerichtet haben, die Barnbüler'schen Behauptungen insoweit wenigstens, als dieselben ihn — Waddington — betrifft, durch eine Kundgebung der deutschen Regierung für unwahr und erfunden erläutern zu lassen.

Der brüsseler „Nord“, der gewöhnlich den aus den höheren politischen Kreisen von Petersburg kommenden Inspirationen Worte verleiht, ist, wie man erwarten konnte, auf die Barnbüler'schen Enthüllungen sehr übel zu sprechen. Er nennt dieselben spöttisch ein „finnreiches Märchen“ und meint, Herr v. Barnbüler müsse große Angst haben, bei den nächsten Wahlen durchzufallen, wenn er zu so kläglichen Mitteln seine Zuflucht nehme. „Wenn“, sagt das brüsseler Organ der russischen Staatskanzlei, „diese Elukubrationen einer ernstlichen Erörterung wert wären, so dürfte die Bemerkung genügen, daß, da die Okkupation Bosniens und der Herzegowina eine der Klauseln des Berliner Vertrages bildete, weder Deutschland derselben seine Zustimmung zu ertheilen, noch Russland an dieser angeblichen Zustimmung Anstoß zu nehmen hatte.“ Der „Nord“ weist darauf hin, daß selbst die „Nord. Allg. Ztg.“ bei all ihrer Vorliebe für „Phantasie-Artikel“ die betreffende Stelle der Barnbüler'schen Nede ausgelassen habe.

Eine berliner Korrespondenz der prager „Bohemia“ meint, daß die Enthüllungen Barnbüler's vollständig begründet seien, wenn auch die romantische Version, daß Waddington Russlands Offerte an Bismarck gemeldet habe, unhaltbar sei. Vielmehr habe Bismarck auf anderem Wege von den russisch-französischen Unterhandlungen Kenntniß erhalten. Indessen herrsche keine Russenfurcht in Deutschland, und auch die Entrevue in Friedrichsruhe sei in keiner Weise gegen Russland gerichtet gewesen. Fast durchweg äußert sich übrigens die Presse ungünstig über die Barnbüler'sche Geschwätzigkeit, und selbst seine konservativen Gefinnungsverwandten in Preußen lassen ihn im Stiche. Die „Kreuzzeitg.“ bestreitet, daß Herr v. Barnbüler jemals zu den in die große Politik Eingeweihten gehört habe.

Wer da weiß, mit welch außerordentlichem Geheimnis die auswärtige Politik umgeben wird, so daß sie selbst den höchsten Reichs- und Staatsbeamten, sofern sie nicht amtlich und direkt daran betheiligt sind, meist verborgen bleibt, der kann sich der Überzeugung nicht verschließen, daß diese Annahme richtig sein muß.

Aber auch sie kann ihre Bewunderung nicht unterdrücken, daß ein amtliches Dementi der „Enthüllungen“ noch nicht erfolgt ist.

In immer weiteren Dimensionen werden jetzt die an dieser Stelle vor einigen Wochen gemachten Andeutungen über die Steuerpläne der Reichsregierung, welche von den Offizieren damals heftig bestritten wurden, als zutreffend anerkannt. Wir können heut hinzufügen, daß hinsichtlich der Spiritussteuer die Regierung nicht gewillt ist, die Initiative zu ergreifen, sondern Anträge aus den konservativen Parteien erwartet, um auf dieselben einzugehen; daß ferner nur ein erhöhter Betrag aus der Zuckersteuer in's Auge gefaßt ist, ohne den Preis für den Zucker zu vertheuern. Die bezüglichen Steuerpläne bildeten, wie jetzt bekannt wird, den ausschließlichen Gegenstand der Verhandlung, welche soeben in Friedrichsruh zwischen dem Reichskanzler und dem Leiter des Reichsschatzamts stattgefunden hat. Der Aufenthalt des Letzteren in Friedrichsruh dauerte nur einen Tag. Unterstaatssekretär Scholz war bereits nach Berlin zurückgekehrt, als die Nachricht von seiner Reise nach Friedrichsruh in die Öffentlichkeit gelangte.

Wie man hört, werden bei der kölner Dombau-Feier die sämlichen Mitglieder des Staatsministeriums den Kaiser umgeben; schon mit Rücksicht darauf dürfte eine kurze Vertagung des Beginns der Landtagsarbeiten zu erwarten sein.

Der katholisch-heinisch-westfälische Adel soll beschlossen haben, sich an der am 15. Oktober stattfindenden Domfeier nicht zu beteiligen. Unter diesen Adligen befinden sich bekanntlich eine Anzahl Personen, die dem Hofe sehr nahestehen oder im Besitz von Hofchargen sind. Auf die Haltung des Führers der Ultramontanen am hiesigen Hofe, des Oberhofmeisters der Kaiserin, Grafen Nesselrode, darf man einigermaßen gespannt sein.

Wie berichtet wird, hat der neue Staatssekretär des Innern, v. Bötticher, sich einige Zeit in Friedrichsruh beim Reichskanzler aufgehalten; die Ernennung seines Nachfolgers, als welcher bestimmt der Reg.-Präsident zu Düsseldorf, v. Hage, genannt ist, genannt wird, zum Ober-Präsidenten von Schleswig-Holstein, wird alsbald erfolgen, da im nächsten Monat die Einberufung des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages geplant ist.

Die Reichsbank hatte sich bisher trotz unablässigen und übereinstimmenden Drängens aller Interessenten-Kreise bekanntlich nicht bewogen gefühlt, in ihren wöchentlichen und Jahres-Ausweisen ihre Bestände an Gold und an Silber getrennt aufzuführen. Erst jetzt, nachdem die neuerlichen Diskonterhöhungen in weitesten Kreisen Befürchtungen und allerlei Gerüchte über ein angeblich ganz ungeheuerliches Misverhältniß zwischen den Gold- und den Silbervorräthen der Bank wachgerufen haben, erst jetzt soll, wie mit Bestimmtheit verlautet, die Bankverwaltung gewillt sein, die geforderte Trennung in ihren Ausweisen vorzunehmen. Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß gerade der jeglichen Verhältnisse auf dem Edelmetallmarkt halber die Ausweise der Reichsbank durch gesonderte Angabe des Goldvorraths außerordentlich an Werth gewinnen werden. Freilich muß dabei noch der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Bankverwaltung bei dieser einen, der Geschäftswelt gemachten Konzession nicht stehen bleibt. Die Ausweise laboriren seither bekanntlich noch an zwei anderen erheblichen Mängeln, die der Abstellung dringend bedürfen: nämlich summarische Angabe der Staats- und Privatguthaben als „sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten“ und sodann allzu späte Bekanntgabe der Wochen-Ausweise. Die Ausweise der Banken von England und Frankreich, welche seit langen Jahren schon an dem Abend desselben Tages, an dem sie abgeschlossen werden, telegraphisch nach allen Windrichtungen verbreitet werden, und welche altem Herkommen gemäß auch die Staats- und die Privatguthaben stets gesondert angeben, dürften den Leitern der Reichsbank als in jeder Beziehung nachahmenswerthe Beispiele dringend zur Kenntnisnahme empfohlen werden. Wenn die Banken von England und Frankreich von ihren Filialen so gut bedient werden, daß sie sich über ihren Status vom Mittag bis Spätabend klar werden, so wird ja auch wohl die Deutsche Reichsbank, den guten Willen vorausgesetzt, nicht drei volle Tage dazu brauchen, um mit der Zusammenstellung ihres Status fertig zu werden.

Über die Verkehre schwerungen an der deutsh-österreichischen Grenze liegt eine weitere Meldung vor. Bereits vor einigen Tagen brachte die „Neue Freie Presse“ die Mitteilung, daß die deutsche Zollbehörde den Eingangszoll für znaimer ordinäres Kochgeschirr plötzlich von 1 auf 16 M. per 100 Kilogramm erhöhte. Die znaimer Industriellen wendeten sich an die brünner Handelskammer mit der Bitte, beim Handelsministerium um Abhilfe zu ersuchen. Daraufhin intervenierte der Kammer-Präsident, Abg. Comperz, persönlich beim Handelsminister, allein bis zur Stunde ist der Status quo noch nicht erzielt. Jetzt wird demselben Blatte aus Znaim Folgendes geschrieben:

Die znaimer Industriellen sind über die Resultatlosigkeit ihrer Petition sehr bestürzt; der Schaden, den sie erleiden, wächst immer mehr an. Durch den Export solchen Geschirres nach Deutschland bringen viele der selben einen nicht unbedeutenden Theil ihres Verdienstes auf; das Geschirr, welches per 100 Kilo einen Werth von 16—20 Fl. aufweist, soll nun auf einmal einen Zoll von 8 Fl. in Gold tragen. Das Geschirr lagert nun, da es den erhöhten Zoll nicht verträgt, in den Grenzzollämtern, und die Erzeuger werden auch selbst dann keinen Vorteil haben, wenn ihrer Reklamation Folge gegeben wird, weil bis dahin die Märkte vorüber sind.

Zu gleicher Zeit kommt aber noch folgender Bericht von der böhmisch-sächsischen Grenze:

Am 2. d. M. haben österreichische Grenzbeamte drei Schmuggler, welche auf das Haltrufen nicht stand hielten, verwundet, den einen am Kopfe, den anderen am Arme, den dritten an der Schulter. Die Leute waren im Begriffe, Tropfwaren über die Grenze zu schmuggeln, welche durch die von den Zollbehörden eingeführte neue Klassifikation enorm vertheuert sind. Die seitens der deutschen Zollbeamten in jüngster Zeit beliebte Verzollung der znaimer Töpfwaren mit dem Zollsatz von 16 M. ist wahrscheinlich nichts als eine Repressalie gegen das seitens der österreichischen Zollbehörden gegenüber den oberlausitzer und niederschlesischen Thonwaren eingeschlagene Verfahren. Die Fabrikanten von Raumburg am Bober hatten schon im vorigen Jahre vergleichsweise beim preußischen Ministerium dagegen remonstriert, und erst kürzlich führte eine Deputation von Töpfermeistern aus Pulsnitz, Kamenz, Bischofswerda direkt beim König von Sachsen darüber Beschwerde mit dem Bemerken, daß sie vom Untergange bedroht seien, wenn die deutsche Reichsregierung die Grenze nach Österreich ihr nicht wieder zu öffnen vermöge.

Die letztere Mitteilung ist bereits von anderer Seite bestätigt und dahin ergänzt, daß die zittauer Handelskammer vom sächsischen Ministerium des Innern zur schleunigen Abgabe eines Gutachtens darüber aufgefordert sei, ob vom gewerblichen und kommerziellen Standpunkte aus die Abfertigung des oberlausitzer Töpfergeschirrs nach Pos. 51 d. 1 des österreichischen Zolltarifs gerechtfertigt sei oder nicht. Zum Schluß wird wohl beim Veredelungsverkehr von beiden Theilen die Auslegung endgültig

bestimmt. Innerhalb 20 Pf. die schäßgespaltene Pettiche oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

adoptiert werden, welche die Fabrikanten im anderen Lande möglichst schädigt. Gleichzeitig wird von der kürzlich in Wien abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes österreichischer Müller gemeldet, daß der Verbandsvorstand die Erklärung abgegeben habe, von der Agitation in der Zollfrage nicht eher ablassen zu wollen, als bis entweder der deutsche Mehzzoll wieder aufgehoben oder in Österreich ein gleich hoher Zoll auf das von Deutschland eingehende Mehl eingeführt sei. Das bereits vor Jahr und Tag in Aussicht gestellte enge handelspolitische Bündnis zwischen Deutschland und Österreich scheint nach diesen Vorkommnissen einem vollständigen Zollkriege immer ähnlicher werden zu sollen.

Im Widerspruch mit einer Mittheilung der „Magdeburg-Zeitung“, dahin lautend, daß der Oberkirchenrat in spätestens vierzehn Tagen den Generalsynodal-Vorstand einberufen werde, um mit ihm zusammen über die Angelegenheit des Oberpredigers Werner in Guben Beschuß zu fassen, will die „N. Pr. Ztg.“ wissen, daß der Termin der Einberufung des erwähnten Vorstandes noch nicht definitiv bestimmt worden ist. Es lasse sich jedoch annehmen, daß die Sache im Oktober zum Austrage gelangen werde. Die „N. Pr. Ztg.“ ist zugleich bemüht, gegen Herrn Werner Stimmung zu machen, indem darauf hingewiesen wird, daß dasjenige, was über den Inhalt der dem Oberkirchenrat vorliegenden Rechtsfestigungsschrift verlautet, „an und für sich nicht geeignet erscheinen dürfte, eine Bestätigung der Wahl des derzeitigen Gemeindekirchenrates von St. Jakobi zu begründen“. Diese Andeutungen richten sich gegen folgende Ausführung der „Magdeburg-Zeitung“:

„Die Ansicht, daß es unmöglich sei“, schreibt das Blatt, „Herrn Werner die ihm vom brandenburgischen Konsistorium zugesprochene Kanzel nachträglich zu verippen, gewinnt mehr und mehr Boden. Durch die Zuziehung des Generalsynodal-Vorstandes zu dem Votum des Oberkirchenrats wird sich die Ansicht der Majorität des letzteren, die mit der des Konsistoriums kongruent ist, nicht ändern lassen; wenngleich der Generalsynodal-Vorstand mehr Stimmen gegen als für Werner abgeben wird, so stellt doch voraussichtlich der Oberkirchenrat so viel Stimmen für Werner, daß die vereinigten Widersacher des zuhinterher Oberpredigers immer noch in der Minorität bleiben werden. Wie im verstärkten Konsistorium, dürfte auch im verstärkten Oberkirchenrat eine Mehrheit von mindestens drei Stimmen zum Vortheile kommen. Herr Werner hat bisher, obwohl von seiner gubener Gemeinde angegangen, die berliner Stelle nicht anzunehmen, der Jakobigemeinde einen ablehnenden Bescheid nicht gegeben, schon weil hierdurch das Verfahren gegen ihn hätte abgebrochen werden müssen, und die Jakobigemeinde rechnet denn auch mit Bestimmtheit darauf, Herr Werner werde ihrem Stufe folge leisten.“

Die internationale Postkonferenz zu Paris, welche ursprünglich am 1. Oktober zusammengetreten sollte, ist auf Wunsch der französischen Regierung bis zum 9. Oktober vertagt worden. Von Berlin aus begeben sich die Geheimen Oberposträthe Günther und Miesner nach Paris. Hauptgegenstand der Verhandlungen wird die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Versendung von Paketen durch die Post bilden. Die Angelegenheit ist schon auf der letzten Postkonferenz angeregt worden; es werden jetzt aus den früheren Verhandlungen die Konsequenzen zu ziehen sein.

Der Kaiser von Österreich ist am Sonnabend in Lemberg eingezogen. Die Begeisterung, mit der er dort empfangen wurde, war nicht weniger warm, wie in Krakau; es waren beinahe dieselben Personen, welche die Huldigungen darbrachten, aber der Geist der ganzen Demonstration war doch ein anderer. Man fühlte, daß man in einer Stadt sich befand, deren Bevölkerung überwiegend nicht polnisch, sondern ruthenischer Nationalität ist. Dennoch gelang es den Polen, das ruthenische Element bei den Begrüßungen in den Hintergrund zu drängen. Lange vor der Kaiserreise war in ruthenischen Kreisen davon die Rede gewesen, dem Kaiser ein Bild von dem ungerechtfertigten Nebengenicht der Polen vorzuführen und mit den Klagen nicht hintanzuhalten. Polnischen Einflüssen gelang es jedoch, jede unmittelbare Annäherung des Kaisers an die Ruthenen zu hindern. Die polnischen Magnaten und ehemaligen Insurgenten sind strenge und rücksichtslose Herren im Lande, von un duldsamem Fanatismus beseelt, der sich in allen ihren Handlungen kundgibt. Die Unterdrückung des ruthenischen Volkes in Galizien wäre — so meint die „Nat. Ztg.“ — vielleicht ein Kapitel, das im preußischen Landtag zur Sprache gebracht werden sollte, wenn dort die Polen unter dem Beistande des Zentrums über Bergewaltung ihrer Nationalität klagen. Die Beschwerden, die sie jedes Jahr vorbringen, sind geradezu lächerlich im Vergleiche zu dem kompromittirenden Material, das dagegen gegen sie beigebracht werden könnte. Die Ruthenen sind durch die jüngsten Vorgänge sehr erbittert worden, und es muß abgewartet werden, ob sie ihre Beschwerden gegen die Sarmaten nicht doch noch vor den Kaiser bringen. Zu dem überschwänglichen und bei jeder Gelegenheit wiederholten Danke der polnischen Begrüßungsvertreter für die Förderung ihrer nationalen Sprache ließe sich aus der Unterdrückung eines von drei Millionen Seelen gepflegten Idioms ein sonderbarer Kommentar bestellen. Der Kaiser hat übrigens

in Lemberg alle an ihn gerichteten Ansprachen deutlich beantwortet.

Die Frage einer eventuellen Ministerkrise, die durch den Rücktritt Freycinet's bedingt würde, bildet nun schon wochenlang das Gesprächsthema in den politischen Kreisen Frankreichs. Seit der Montaubaner Rede des Ministerpräsidenten tritt die Frage immer und immer wieder an die Oberfläche. Nicht unbeachtet darf es bleiben, daß nunmehr auch die Offiziellen in Frankreich die Möglichkeit einer solchen Krise zugeben. So schreibt der Pariser Korrespondent der „Polit. Korresp.“:

„Anläßlich der gemäßigteren Haltung Freycinet's gegenüber den religiösen Kongregationen ist viel von einer Ministerkrise die Sprache. Freycinet soll sein Portefeuille an Challe m e l - L a c o u r abgeben, der in London durch Herquette, den Direktor für Personalangelegenheiten, ersetzt werden soll. Herr von Saint-Vallier würde Berlin verlassen und sein Posten Herrn de Freycinet angeboten werden. Die Gerüchte werden übrigens noch durch nichts bestätigt.“

Auch der dem französischen Kabinett nahestehende „National“, der bisher feierlich beheuerte, daß im Ministerium die rührendste Übereinstimmung bezüglich der Frage der geistlichen Orden herrsche, gibt jetzt nicht nur die Gefahr einer Ministerkrise zu, sondern kann auch schon versichern, daß für die Nachfolge des Herrn von Freycinet im Ministerium des Außenministeriums Herr Challe m e l - L a c o u r genannt, jedoch als „eine äußerste Etage“ bei Seite geschoben worden wäre. Es sei auch, fügt der „National“ hinzu, davon die Rede, daß Herr Jules Ferry das Ministerpräsidium übernehmen und das Portefeuille des Unterrichts an Herrn Paul Bert abtreten solle. Bemerkenswerth ist, daß in Rom in politischen Kreisen viel die Rede ist von einem Privatschreiben Gambetta's an seinen Freund, den Ministerpräsidenten Cairoli, in welchem er sich über die Opportunity ergeht, die bekannte tunesische Angelegenheit nicht zu verwickeln, da dieselbe sich in naher Zukunft von selbst begleichen werde. In den Kreisen, in welchen die Version über die Existenz dieses Schreibens zirkulirt, interpretiert man die Anweisung Gambetta's auf eine nahe Zukunft als einen Wink desselben über den wahrscheinlichen Rücktritt Freycinet's. Es scheint demnach, al habe Gambetta indirekt die Schuld an den Konflikten zwischen Frankreich und Italien seinem früheren Freunde Freycinet in die Schuhe geschoben, um auf diese Weise die Italiener für sich zu kaptivieren.

Die klerikale Presse in Frankreich versichert nunmehr mit einem auffallenden Eifer, daß alle geistlichen Kongregationen bis auf eine einzige sich der bekannten „Erklärung“ angeschlossen haben. Dieser Eifer bekundet deutlich genug, daß die Ultramontanen sich nicht mehr der Wahrnehmung verschließen können, daß das Kabinett Freycinet ernstlich gewillt ist, die Märzdekrete gegen sämtliche vom Staate nicht autorisierten geistlichen Genossenschaften zur Ausführung zu bringen. Bestand bisher aber noch Unklarheit über den Ursprung der Erklärung selbst, so ist ein von dem Organ des Kardinal-Erzbischofs von Paris, der „Semaine religieuse“, veröffentlichter Artikel wohl geeignet, helles Licht über die Provenienz des vielbesprochenen Altenstückes zu verbreiten. In dem von dem Kardinal-Erzbischof Guibert selbst eingesandten Artikel wird zunächst konstatiert, daß in Gemäßheit der Inspiration der romischen Kurie die Erklärung den verschiedenen geistlichen Genossenschaften zur Unterzeichnung vorgelegt worden sei. Die „Semaine religieuse“ heilt dann ein langes Verzeichniß von männlichen Kongregationen mit, welche der an sie ergangenen Auflösung bereits entsprochen haben, während die von Frauen gebildeten geistlichen Genossenschaften sich jenen beinahe vollständig anschlossen, und der Rest sich sicherlich beeilen werde, die bisherige Versäumnis bald auszugleichen. Unter den männlichen Kongregationen heben wir die Franziskaner, die Augustiner, die Trappisten, die Benediktiner und die Kapuziner hervor. Inzwischen haben aber die Dinge in Frankreich eine für die geistlichen Genossenschaften wenig günstige Wendung genommen; dieselben sollen vom 4. Oktober an der Reihe nach aufgelöst werden, wenn anders dieselben sich nicht noch in letzter Stunde den Staatsgesetzen unterwerfen und anstatt der zweideutigen Erklärung in förmlicher Weise die im zweiten Märzdekret vorgeschriebene staatliche Autorisation erbitten.

Der „Osservatore Romano“ drückt sich über die Note des Amtsblattes, worin gesagt wurde, die französische Regierung sei keine Verpflichtungen eingegangen, folgendermaßen aus: „Diese Note läßt betreffs ihrer Klarheit viel zu wünschen übrig. Indes hätte die französische Regierung schweigen können; ihre Absichten sind wohl bekannt.“ Die französischen Bischöfe haben bereits auch theilweise den Kampf gegen die Regierung bis aufs Messer wieder aufgenommen. Vor allen zeichnete sich dieses Mal der Kardinal-Erzbischof von Cambrai aus, welcher in seiner letzten Rede nicht allein erklärte, daß die Jesuiten, wenn sie auch nicht mehr vereint zusammenleben könnten, doch ihre geistlichen Funktionen fortsetzen würden, sondern auch die Mitglieder der Regierung auf das schändlichste beschimpfte, sie „Wölfe“, „Apostaten“ u. s. w. schimpfte und schließlich prophezeite, daß die Kirche doch siegreich aus dem Kampfe gegen den gottlosen Staat hervorgehen werde.

Die „République Française“ schreibt: „In dem von Papst Pius VII. und dem ersten Konsul der französischen Republik unterzeichneten Konkordat war die Rückkehr der durch die Revolution vertriebenen geistlichen Orden so wenig vorgesehen, daß während des ganzen ersten Kaiserthums, unter der Restauration und während der ersten Hälfte des Königthums Louis Philippe die Kloster-Kongregationen sich nicht getrautens, ans Tageslicht zu kommen und sich wieder bei uns anzusiedeln. Da wo es solche gab, versteckten sie sich und lebten außerhalb des Gesetzes. Die weiblichen Kongregationen wurden durch die Gesetzgebung von 1822 etwas mehr begünstigt, allein die Mönche ließen sich nicht wieder sehen, und als die Jesuiten sich blicken ließen, mußte die Regierung, die ihnen doch hold war, auf den einstimmigen Ruf des Landes ihre Anstalten schließen.“

Das mexikanische Abenteuer Napoleons III. hat nunmehr seinen vollgültigen Abschluß auch nach der diplomati-

schischen Seite gefunden. Am 5. Oktober nehmen Frankreich und Mexiko nach einem nunmehr erzielten Nebeneinkommen ihre diplomatischen Beziehungen offiziell wieder auf. Die Regierung zu Mexiko hat zu ihrem Gesandten in Paris Herrn Velasco ernannt, welcher schon die Unterhandlungen für diese Versöhnung geführt hatte. Der französische Gesandte in Mexiko ist noch nicht bestimmt, man nennt als den Kandidaten, welcher die meisten Aussichten auf diesen Posten hätte, Herrn Dauzon, einen früheren Präfekten von Korsika, der ein bewährter Republikaner ist und fertig spanisch spricht.

An die bisherigen sensationellen Enthüllungen des Bischofs Dumont von Tournay wird sich dem Vernehmen nach in den nächsten Tagen eine neue, nicht weniger merkwürdige anschließen. — Bischof Dumont erfreute sich nämlich der besonderen Zuneigung Papst Pius IX. und erhielt von diesem zuweilen Briefe. In einem dieser Briefe ist der verstorbene Papst auch auf seinen etwaigen Nachfolger zu sprechen gekommen und hat dabei die Neuherzung gethan, es würde ein Unglück für die Kirche sein, wenn die Wahl des Konklave auf den Erzbischof Pecci von Perugia (jetzige Papst Leo XIII.) fielle. Der Text dieses Briefes soll jetzt veröffentlicht werden.

Als die Nachricht in Madrid bekannt wurde, daß die Königin einer Prinzessin geneiesen sei, begab sich der Minister-Präsident Canovas sofort ins königliche Palais, 15 Kanonenschüsse verkündeten der Menge das Ereignis, welche den sechzehnten Kanonenschuß, der die Geburt eines Prinzen bedeutet hätte, vergeblich erwartet hatte, und dann in den Ruf ausbrach: „Viva la infanta!“ Fünf Personen waren bei der Geburt der Prinzessin zugegen, nämlich der König, die Ex-Königin Isabella, Erzherzogin Elisabeth, Dr. Niedl und die Aja. In einem großen Nebensalon waren die spanischen Granden, Diplomaten, die Generalität und der Klerus versammelt. Der König begab sich nach einer Weile in den Salon und präsentierte die auf einer silbernen Platte ruhende, mit einem Gazeschleier verhüllte Prinzessin. Minister-Präsident Canovas hob den Schleier auf, und der Justizminister, der als königlicher Notar fungirte, gab die Erklärung bezüglich des Geschlechts des königlichen Kindes ab. Der Geburtsakt, der nach echt spanischem Ceremoniel abgesetzt ist, füllt 15 Seiten. Das Widokband des Kindes ist ein Geschenk des Papstes, der es in einem kostbaren, von Pius IX. herührenden Schreine schickte. Während der Ceremonie fand ein Te Deum unter den Geläute der Glocken von 15 Thürmen statt. Die Prinzessin wird Maria Isabella Hyacintha (nach anderer Meldung Mercedes) heißen. Die Prinzessin ist blond und blauäugig. Die Königin wird nach 40 Tagen zum ersten Male wieder ausgehen und die Messe besuchen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 14. September. [Die Versammlung der hannoverschen Liberalen. Das Bank-Kuratorium. Von der liberalen Gruppe.] Der Versammlung, welche Bennigsen und Genossen auf nächsten Sonntag nach Hannover berufen haben, wird, wie in allen politischen Kreisen, so natürlich besonders unter den mit der Sezession einverstandenen Liberalen, mit großem Interesse entgegengesehen. Nicht als ob irgend Jemand darüber zweifelhaft wäre, daß sie mit einem, vermutlich einstimmigen Vertrauensvotum für Bennigsen enden wird, oder als ob ein secessionistischer Liberaler Herrn v. Bennigsen dasselbe missgönne: die angebliche Feindseligkeit der Sezessionisten gegen den hannoverschen Politiker besteht nur in der Einbildung von Vertheidigern, die ihn mehr kompromittieren, als daß sie ihm nützen. Auch rechnet man wohl zu allerleit auf secessionistische Eroberungen gerade in der Provinz, in welcher Bennigsen's persönliches Ansehen so fest begründet ist und wo den Welsen gegenüber eine Spaltung der Liberalen ihre besonderen Bedenken hätte. Worauf man gespannt ist, das sind lediglich die Darlegungen, welche Bennigsen selbst von seiner gegenwärtigen Auffassung der Situation geben wird. Spricht er sich z. B. über die sogenannten Steuerreform-Pläne ungefähr so aus, wie neuerdings die „Nat.-Lib. Korresp.“, welche auch von der Kardorff'schen Weisheit nichts wissen will und die Verwendung der nächsten Neuerungen zur Wiederabschaffung drückender indirekter Abgaben verlangt, dann kann man mit den ersten Wirkungen der Sezession sehr zufrieden sein: alsdann wird die u. A. von uns vertretene Hoffnung verstärkt sein, daß in Folge der Sezession Herr von Bennigsen das thun würde, wozu er während der Dauer des alten Fraktionsverbandes nicht zu bewegen war, nämlich neben dem Einfluß des Kanzlers auf die öffentliche Meinung auch die Gefahr vollständiger Verstümmelung des liberalen Gedankens als einen Faktor in seinen taktischen Berechnungen aufzunehmen. — Es liegt nahe, die Meldung, daß das Kuratorium der Reichsbank auf Freitag zusammenberufen worden, mit der vielerörterten Goldfrage in Zusammenhang zu bringen. Indes ist nicht ersichtlich, ob es sich um eine a u ß e r g e w ö h n l i c h e oder um eine der vierteljährlichen Sitzungen handelt, in denen nach dem Bankgesetz dem Kuratorium regelmäßig über die Geschäfte und Einrichtungen der Bank Bericht zu erstatten ist. Dasselbe besteht aus dem Reichskanzler (resp. seinem Stellvertreter), aus einem vom Kaiser ernannten Mitgliede (jetzt Finanzminister Bitter) und drei vom Bundesrathe gewählten Mitgliedern desselben. — Eifrige Reporter machen auf die Namen des am 8. d. M. gewählten Ausschusses der neuen liberalen Gruppe Jagd, als ob es sich um das interessanteste Geheimnis handelte. Einer berichtet heute, der Ausschuss bestehe aus den Herren Nickert, Lipke, Lasker und Forckenbeck „und noch einem fünften Mitgliede“. Warum hat er auf das fünfte Mitglied nicht ebenso gerathen, wie auf die Herren Lasker und v. Forckenbeck? Diese beiden gehören nämlich dem Ausschusse nicht an. Da es sich ja aber nicht um die heimliche Behinde handelt, so wäre es wohl verständig, die fünf Namen (wir kennen sie, sind aber durch das am 8. prola-

mire „Geheimnis“ verpflichtet, sie nicht zu nennen) einfach zu veröffentlichen.

— Dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz ist nachstehendes Hand schreiben der Kaiserin zugegangen:

Ich habe den Redenbericht des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz über die Zeit von 1872—1880 mit der warmen Theilnahme entgegenommen, mit der Ich seine Thätigkeit in diesen acht Jahren begleitet. War Mir in Folge dessen auch das Meiste von seinem Inhalte nicht unbekannt geblieben, so gab Mir doch dieser zusammenfassende Rückblick auf eine längere Reihe von Jahren ein besonders anschauliches Bild dessen, was einerseits anerkennenswerthe Hingabe für die gute Sache erreicht hat, was andererseits in der Zukunft noch erfreut werden soll. Ohne eingehen zu können auf die Einzelheiten dieses fortschreitenden Entwicklungsganges muß Ich mit Genugthuung als denselben bezeichnend hervorheben: opferfreudige Vaterlandsliebe, verbindende Gemeinschaft mit gleichgearteten Befreiungen, internationale Solidarität des Roten Kreuzes im Dienste der Humanität. Diese Grundlage bleibe stets erhalten, das walte Gott! Entstanden durch die ernsten Anforderungen einer unvergleichlich großen Zeit, bewährt und befestigt durch einsichtsvolle, andauernde Arbeit, schreitet ihre Vereinigung vor in Erfüllung ihrer hohen, nationalen Aufgabe und so wird auch die demächtige Berathung des zweiten Vereinstages, über die beste Sicherung der den Vereinen im Kriegsfall künftig zufallenden Leistungen durch ihre jetzige Friedenstätigkeit, eine wichtige Stufe bezeichnen auf dem eingeschlagenen Wege zu immer weiterer Vervollkommenung. Mit diesem Blick in die Zukunft verbinde Ich unmittelbar für alles in der Vergangenheit Gelehrte erneuten Dank und die Versicherung, daß Ich mit wahrer Freude Ihnen stets Meinen Schutz und Meine Mitwirkung gewähren werde.

Berlin, den 10. September 1880.

ges. Augusta.

— In Düsseldorf wurde am Freitag in einer Konferenz von düsseldorfer Künstlern und den kölner Herren Dr. Ecker, Bürgermeister Thewalt und Prof. Mohr das Programm für den historischen Festzug für die kölner Domfeier festgestellt. Dem Programm gemäß werden 800 Personen und ca. 350 Pferde in dem Zuge am 16. Oktober figuriert. Der Zug verzählt in drei Abteilungen, umfassend 1. die Grundsteinlegung zum Dom 1248, 2. die Einweihung des Domchores 1322 und 3. die Grundsteinlegung zum Torbau 1842. Die beiden obersten Stufen des Baugrubens an dem nördlichen Thürme des Domes sind jetzt so weit niedergelegt, daß man den Knauf und die oberste Partie der Kreuzblume von verschiedenen Punkten der Stadt aus sehen kann.

— Zur Affäre des deutschen Gesandten Baron Magnus in Kopenhagen schreibt der „Petersburger Herald“ noch nachträglich: Der vielversprochene deutsche Gesandte am dänischen Hofe, Baron Magnus, hat schon einmal viel von sich reden gemacht, allerdings mehr zu seinen Gunsten, als jetzt, nach der Affäre mit der französischen Schauspielerin. Als im Juni des Jahres 1867 die Macht Kaiser Maximilians, der das romantisch gelegene Ultramare mit dem blutigen Thron Mexikos vertauscht hatte, durch Juarez gebrochen war und der unglückliche österreichische Erzherzog gefangen seines Todesurteils harrete, verließen ihn sämtliche bei ihm beglaubigten europäischen Gesandten, der österreichische, welcher wohl zumeist berufen war ihn zu schützen, als der erste. Sie fürchteten die Rache des Erzherzogs Juarez, mehr aber noch den aufgezogenen mexikanischen Pöbel, welcher gegen alle Ausländer ausschärfte. Nur der preußische Gesandte, Baron Magnus, verharrete auf seinem Posten und that sein Möglichstes, den deutschen Fürsten zu retten, drang sogar bis ins Hauptquartier des Erzherzogs und blieb, als auch sein persönliches Bitten bei diesem fruchtlos war, bis zum letzten Augenblick bei dem unglücklichen Kaiser. Daß seine Bemühungen ohne Erfolg waren, nimmt denselben nicht ihren Werth. Die befamte Fürstin Salm-Salm, Gattin des später als preußischer Major bei Gravelotte gefallenen Adjutanten des Kaisers Maximilian, nennt in ihrem interessanten Werke „Zehn Jahre aus meinem Leben“ den Baron Magnus „den einzigen Mann“ von allen dortigen Ausländern. Durch seine aufopfernden Bemühungen für den Bruder des österreichischen Kaisers hat der Gesandte indirekt viel zur Wiederherstellung des nach dem Kriege von 1866 erkalteten guten Einvernehmens beider Länder. Zur Heidigung des Erzherzogs wurde er nach Wien geladen und Kaiser Franz Josef, sowie sämtliche Mitglieder des Herrscherhauses sprachen ihm in warmen Worten ihren Dank aus. Er war, beispielhaft bemerkt, auch der erste Preuse, welcher nach dem Kriege mit einem österreichischen Orden dekoriert wurde, und zwar empfing er denselben direkt aus den Händen des Kaisers. Jetzt kostet ihm eine über angebrachte Galanterie wahrscheinlich seine diplomatische Stellung, es ist aber billig, daß man auch seiner früheren Leistungen mit Anerkennung gedenkt.

## Gesetz,

betreffend die Verfassung der Verwaltungsgesetze und das Verwaltungsstreitverfahren.

(Schluß)

## Titel X.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 80. Das Gesetz, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgesetze und das Verwaltungsstreitverfahren, tritt in der durch das gegenwärtige Gesetz ihm gegebenen Fassung gleichzeitig mit dem Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung in Kraft.

Auf die vor dem Zeitpunkte des Inkrafttretens bereits abhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf das Verfahren und die Zulässigkeit der Rechtsmittel lediglich die Bestimmungen der früheren Gesetze Anwendung.

§ 81. Alle in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Fristen sind praklusive. Für die Berechnung derselben sind die bürgerlichen Prozeßgesetze maßgebend.

Die Art der Zustellung der in streitigen Verwaltungssachen ergehenden Entscheidungen, Bescheide und Verfügungen wird, soweit darüber gesetzliche Vorschriften nicht bestehen, durch die Geschäftsregulative (§§ 8, 14, 30) bestimmt.

§ 82. Die Beschwerde kann innerhalb der für dieselbe vorgeschriebenen Frist bei dem Gerichte, gegen dessen Entscheidung sie gerichtet ist, oder bei dem angerufenen Gerichte eingezogen werden.

Das Gericht, gegen dessen Entscheidung die Beschwerde gerichtet ist, verfährt bei Versäumung der vorgeschriebenen Frist nach Bestimmung des Schlussabsatzes des § 55.

Für das angerufene Gericht kommt § 59 (§ 37) zur Anwendung; an die Stelle des Antrages auf Übernahme der mündlichen Verhandlung tritt der Antrag auf Entscheidung durch das Gericht.

§ 83. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann beantragt werden, wer durch Naturereignisse oder andere unabmeißbare Zufälle verhindert worden ist, die in dem gegenwärtigen Gesetze oder die in den Gesetzen für Anstellung der Klage beziehungsweise für den Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren vorgeschriebenen Fristen einzuhalten. Über den Antrag entscheidet das Gericht, dem die Entscheidung über die verlängerte Streithandlung zufällt. Die verlängerte Streithandlung ist, unter Anführung der Thatachen, mittelst deren der Antrag auf Wiedereinsetzung begründet werden soll, sowie der Beweismittel, innerhalb zwei Wochen nachzuholen; der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Ablauf des Tages, mit welchem das Hindernis gehoben ist. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der verlängerten Frist an gerechnet, findet die Nachholung der verlängerten Streithandlung beziehungsweise der Antrag auf Wiedereinsetzung

nicht mehr statt. Die durch Erörterung des Antrages auf Wieder-einführung entstehenden baaren Auslagen trägt in allen Fällen der Antragsteller.

§ 83. Die Zentral- und die Provinzialverwaltungsbehörden sind auch in streitigen Verwaltungssachen zur Erhebung des Kompetenzkonflikts befugt.

Die Erhebung des Kompetenzkonflikts auf Grund der Behauptung, daß in einer vor dem Verwaltungsgerichte anhängig gemachten Sache die Verwaltungsbhörde zuständig sei, findet nicht statt.

Die Verwaltungsgerichte haben ihre Zuständigkeit von Amts wegen wahrzunehmen.

Wird von einer Partei in erster Instanz die Einrede der Unzuständigkeit erhoben, so kann über dieselbe vorab entschieden werden.

Haben sich in derselben Sache die Verwaltungsbhörde und das Verwaltungsgericht für zuständig erklärt, so entscheidet auf Grund der schriftlichen Erklärungen der über ihre Kompetenz streitenden Behörden und nach Anhörung der Parteien in mündlicher Verhandlung das Ober-Verwaltungsgericht. Das Gleiche gilt in dem Falle, wenn die Verwaltungsbhörde und das Verwaltungsgericht sich in der Sache für unzuständig erklärt haben. In beiden Fällen werden weder ein Kostenpauschquantum, noch baare Auslagen erhoben. Ebenso wenig findet eine Entschädigung der den Parteien erwachsenden Kosten statt.

§ 83a. Die gemäß § 11 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 (Reichsgesetzbl. S. 77) dem Ober-Verwaltungsgerichte unterstehenden Vorentscheidungen erfolgen in dem durch den letzten Absatz des § 83 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Verfahren, für welches im Übrigen die Vorschriften über das Verwaltungsgerichtsverfahren entsprechende Anwendung finden.

§ 84. Durch das gegenwärtige Gesetz werden nicht berührt:

1) rücksichtlich der zur Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte gehörenden Streitsachen, die Bestimmungen der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 245);

2) rücksichtlich der zur Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte gehörenden, die Entfernung aus dem Amt beziehungsweise die unfreie Willige Versetzung in den Ruhestand betreffenden Streitsachen, die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1869, betreffend die Dienstvergaben der nicht richterlichen Beamten usw. (Gesetz-Sammel. S. 463); dieselben finden jedoch mit folgenden Maßgaben Anwendung: die Verwaltungsgerichte entscheiden auf Grund mündlicher Verhandlung; das Gutachten des Disziplinarhofs ist nicht einzuholen; das Disziplinarverfahren kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung durch Beschluß des in erster Instanz zuständigen Verwaltungsgerichts eingestellt werden; die Erhebung eines Kostenpauschquantums findet nicht statt;

3) rücksichtlich der zur Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte gehörenden Armenstreitsachen, die Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnansatz vom 6. Juni 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 360).

§ 85. So lange bei den Bezirksverwaltungsgerichten ein ausreichender Geschäftsumfang nicht vorhanden ist, kann die Bestellung derjenigen vom Könige zu ernennenden Mitglieder derselben, für welche die Befähigung zum Richteramt vorgeschrieben ist, im Nebenamt für die Dauer ihres Hauptamtes am Sitz des Bezirksverwaltungsgerichts erfolgen.

§ 86. Bei dem Bezirksverwaltungsgerichte zu Sigmaringen werden die von dem Könige zu ernennenden Mitglieder aus der Zahl der am Sitz des Bezirksverwaltungsgerichts ein richterliches beziehungsweise ein höheres Verwaltungsaamt bekleidenden Beamten für die Dauer ihres Hauptamtes bestellt.

§ 87. Die von den Provinzial-Landtagen gewählten Mitglieder der bestehenden Bezirksverwaltungsgerichte sowie deren Stellvertreter treten mit dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des gegenwärtigen Gesetzes auger Tätigkeit. Neuwahlen für dieselben sind rechtzeitig vor dem gedachten Zeitpunkte zu veranlassen.

§ 87a. Die in dem gegenwärtigen Gesetze dem Regierungspräsidenten beigelegten Befugnisse werden für den Stadtteil Berlin von dem Ober-Präsidenten wahrgenommen.

Zuständig in erster Instanz bezüglich der im Verwaltungsstreitverfahren gegen den Kommunalverband der Provinz Brandenburg zu erhebenden Anprüche ist in den Fällen des § 31 unter b. das Bezirksverwaltungsgericht zu Potsdam.

§ 88. Die Stelle eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts darf als Nebenamt fortan nicht mehr verliehen werden.

§ 89. Aufgehoben sind:

- 1) die §§ 40 bis 48, 50 bis 56 des Gesetzes vom 8. März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnansatz (Gesetz-Sammel. S. 130);
- 2) die §§ 141 bis 163, 165 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Sammel. S. 661), soweit sie das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen zum Gegenstande haben, sowie die §§ 187 bis 198 derselben Kreisordnung; im Geltungsbereiche der letzteren ist in den im zweiten Absatz des § 110 dagegen erwähnten Fällen innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksverwaltungsgerichte anzustellen.

## Vocales und Provinziales.

Posen, 15. September.

— Se. Excellenz Herr General Haun v. Weihern, Kommandeur des II. Armeekorps, kam mit seinem Stabe von den Manövern bei Mogilno gestern hier an, nahm das bestellte Diner in Mylius' Hotel de Dresden ein und reiste mit dem Nachmittagszug nach Stettin.

r. Personalien. Der bisherige Militäranwärter Hellmann ist definitiv zum Kreissekretär bei dem f. Landratsamt zu Namitz ernannt worden. — Bei der f. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn ist der Expeditions-Assistent Biener in Posen zum Stations-Assistenten ernannt; der Stations-Assistent v. Clausen als komm. Güterexpedient von Posen nach Katowitz, der Stations-Assistent J. Kawski von Beuthen nach Posen versetzt worden.

r. Nach Czestochowa waren, wie der „Goniec Wielkop.“ mittheilt, in diesem Jahre zum Ablaffe am Tage Mariä Geburt (8. Sept.) nahe an 100,000 Pilger gewallfahrt, davon 200 aus der Stadt Posen und deren Umgegend.

## Telegraphische Nachrichten.

Antivari, 13. September. Der Dampfer des österreichischen Lloyd „St. Quusto“ ist dem Fürsten von Montenegro behufs der Benutzung zur Verfügung gestellt worden.

Haag, 14. Sept. Heute fand die feierliche Einweihung des von dem pariser Bildhauer Heymer angefertigten Denkmals Spinoza's statt. Der Minister des Innern, die Behörden, sowie zahlreiche Hiesige und Fremde, unter denen auch Berthold Auerbach sich befand, wohnten der Feierlichkeit bei. Van Volten hielt die Festrede, in welcher er ein Lebensbild Spinoza's entwarf.

Bukarest, 14. Sept. Der „Romanul“ führt den Oppositionsblättern gegenüber unter Bezugnahme auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung aus, daß zu der beabsichtigten Feststellung der Thronfolge weder eine konstituierende Versammlung einzuberufen, noch auch die Meinung der Kammern einzuhören sei.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Substaationskalender für die Provinz Posen.

Gerichtliche Grundstücksverkäufe innerhalb des Zeitraums vom 16. bis 30. September 1880.

(Zusammengestellt auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen.)

### Regierungsbereich Bromberg.

Amtsgericht Lübz: 1) Am 16. September, Vormittag 10 Uhr: Grundstück des Schulzen Friedrich Burath, Nr. 57 Stadt Lübz, mit 1 Hekt., 40 Ar, 20 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 8,97 M., Gebäudesteuer-Nutzungswert 162 M.; 2) am 24. September, Nachmittag 3 Uhr: an Ort und Stelle, Grundstück des Sattlermeisters Wojciech Domrowski, Nr. 3 Galuska, mit 13 Hekt., 17 Ar, 80 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 125,55 M., Gebäudesteuer-Nutzungswert 78 M.

Amtsgericht Möglin: Am 16. September, Vormittag 10 Uhr: Grundstück der Eduard und Wilhelmine Midfischen Cheleute, Nr. 30 Strzelce, mit 2 Hekt., 40 Ar, 50 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 29 M. 25 Pf. Gebäudesteuer-Nutzungswert 60 Mark.

Amtsgericht Schönlanke: 1) Am 20. September, Vormittag 10 Uhr: Grundstück des Schuhmachers Hermann Krumen, a. Nr. 320 Schönlanke, mit 7 Ar, 30 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 0,69 M., b. Nr. 323 Schönlanke, mit 19 Ar, 80 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 1,71 M., Gebäudesteuer-Nutzungswert 150 M.; 2) am 23. September, Vormittag 10 Uhr: im Schulnamen zu Goritz, Grundstück der Karl Friedrich und Wilhelmine Meierschen Cheleute Nr. 80 Goritz, mit 1 Hekt., 6 Ar, 50 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 4,80 M., ferner die Grundstücke derselben Besitzer Nr. 19 und Nr. 15 Goritz.

Amtsgericht Schubin: 1) Am 21. September, Vormittag 9 Uhr: Grundstück der Wirth Wilhelm und Charlotte Hackbarthschen Cheleute Nr. 1 Bielawy, mit 4 Hekt., 51 Ar, 20 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 21 M. 21 Pf.; 2) am 27. September, Vormittag 9 Uhr: Grundstück der Wirth Wilh. und Karoline Hackbarthschen Cheleute, Nr. 10 Podlasie, mit 10 Hekt., 57 Ar, 60 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 48,83 M., Gebäudesteuer-Nutzungswert 45 M.

Amtsgericht Wirsitz: Am 30. September, Vormittag 10 Uhr: Grundstück der Handelsmann Hermann und Julie Wotschke-Cheleute, Nr. 62 Koloniestelle Friedrichshof, mit 6 Hekt., 45 Ar, 90 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 68,16 M., Gebäudesteuer-Nutzungswert 45 M. 5 Pf.

Amtsgericht Wongrowitz: 1) Am 17. September, Mittag 12 Uhr: im Gerichtslokal zu Stadt Janowiz, Rittergut Janowiz, im Flächeninhalt von a. 631 Hekt., 79 Ar, 26 Dutz.; b. von 58 Hekt., 77 Ar, 0,1 Dutz. und c. von 20 Hekt., 6 Ar, 0,7 Dutz., Grundsteuer-Reinertrag a. 1368,00 Thlr., b. 161,00 Thlr., c. 65,00 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungswert 924 M.; 2) am 23. September, Nachmittag 4 Uhr: Grundstück der Thomas und Marianna Urbanowskischen Cheleute, Nr. 4 Raczkow, mit 1 Hekt., 73 Ar, 11 Dutz. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 7,00 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungswert 60 M.; 3) am 30. September, Nachmittag 4 Uhr: Grundstück des Eigentümers Valentin Nowacki, Nr. 284, 341, 361. Wongrowitz, im Flächeninhalt von zusammen 27 Ar, 50 Dutz., Grundsteuer-Reinertrag 0,00 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungswert 617,00 M.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September 1880.

Zeitpunkt	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe.	Wind. v. d.	Wetter. i. Tel.	Temp. Grad.
14. Nachm. 2	751,2	NW schwach	bedeckt Regen!)	+15,0
14. Abends. 10	750,6	W schwach	trübe	+13,5
15. Morgs. 6	750,4	W schwach	bedeckt	+12,2

1) Regenhöhe 3,3 mm.

Am 14. Wärme-Maximum +19,1 Cels.

= = Wärme-Minimum +10,8 =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. Septbr. Mittags 0,84 Meter.

= 14. = = 0,82 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 14. September. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,42. Pariser do. 80,45. Wiener do. 171,80. R. M. St. A. 146. Rheinische do. 157,4. Hess. Ludwigsh. 100,4. R. M. Br. Anth. 131,4. Reichsbank 100. Reichsbank 147. Darmst. 148,5. Meiningen 8,96. Ost.-ung. Bf. 710,50. Kreditaktien 245,5. Silberrente 62,5. Papierrente 61,5. Goldrente 75,5. Ung. Goldrente 93,5. 1860er Loope 122,1. 1864er Loope 306,50. Ung. Staatsl. 212,60. do. Ostb.-Ob. 11,84. Böh. Westfalen 199,5. Elisabethb. 164. Nordwestb. 152,5. Galizier 241,5. Franzosen\* 243,5. Lombarden\* 70,5. Italiener 1877er Russen 92,5. II. Orientanl. 59,5. Zentr.-Pacific 110,5. Diskonto-Kommandit —. Elbtalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke 89,5.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 245,5. Franzosen 243,5. Galizier —. ungar. Goldrente —. II. Orientanl. —. 1860er Loope 306,50. Ung. Staatsl. 212,60. do. Ostb.-Ob. 11,84. Böh. Westfalen 199,5. Elisabethb. 164. Nordwestb. 152,5. Galizier 241,5. Franzosen\* 243,5. Lombarden\* 70,5. Italiener 1877er Russen 92,5. II. Orientanl. 59,5. Zentr.-Pacific 110,5. Diskonto-Kommandit —. Elbtalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke 89,5.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 245,5. Franzosen 243,5. Galizier —. ungar. Goldrente —. II. Orientanl. —. 1860er Loope 306,50. Ung. Staatsl. 212,60. do. Ostb.-Ob. 11,84. Böh. Westfalen 199,5. Elisabethb. 164. Nordwestb. 152,5. Galizier 241,5. Franzosen\* 243,5. Lombarden\* 70,5. Italiener 1877er Russen 92,5. II. Orientanl. 59,5. Zentr.-Pacific 110,5. Diskonto-Kommandit —. Elbtalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke 89,5.

Frankfurt a. M., 14. September. Effekten-Societät. Kreditaktien 245,5. Franzosen —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böhmisches Westbahn —. Lombarden —.

\* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 14. September. Effekten-Societät. Kreditaktien 245,5. Franzosen —. Lombarden —. 1860er Loope —. Galizier —. österreichische Goldrente —. ungarische Goldrente —. II. Orientanl. —. österr. Silberrente —. Papierrente —. 1880er Russen —. Meininger Bank —. Geschäftslös.

Die Frankfurter Bank beschloß, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, mit Gültigkeit von heute ab, ihren Darlehnszinsfuß auf 6 p.-% und im Laufe des heutigen Vormittags ihr Diskont-Maximum auf 5 p.-% zu erhöhen.

Wien, 14. September. (Schluß-Course.) Fest. Der günstige Geldstand und Deckungskäufe steigerten Spekulationswerthe und Renten, theilweise auch Bahnen. Schluss geschäftslos.

Papierrente 72,60. Silberrente 73,70. Österreich. Goldrente 88,40. Ungarische Goldrente 109,60. 1854er Loope 123,75. 1860er Loope 132,00. 1864er Loope 172,50. Kreditloans 180,00. Unser Primi 11,11,25. Kreditaktien 287,75. Franzosen 284,00. Lombarden 83,00. Galizier 281,50. Kasch.-Oderb. 131,50. Pardubitzer 138,50. Nordwestbahn 178,20. Elisabethbahn 191,00. Nordbahn 243,70. Österreich. Bahn 125,90. Wiener Bahnverein 136,50. Ungar. Kredit 258,00. Deutsche Plätze 57,45. Londoner Wechsel 118,30. Pariser do. 46,70. Amsterdamer do. 97,20. Napoleons 9,41. Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 58,25. Russische Banknoten 1,22,5. Lemberg Gernowitz 167,50. Kronpr.-Nudolf 162,00. Franz-Josef 170,00.

4 prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe 93,75.

Petersburg, 13. Septbr. Wechsel auf London 25,25. II. Orientanl. Anleihe 91,5. III. Orientanl. 90,5.

Paris, 14. September. (Schluß-Course.) Rubig.

3 prozent. amortisirb. Rente 88,40. 3 prozent. Rente 66,6. Anleihe 1872 120,25. Italienische 5 prozent. Rente 86,30. Österreich. Goldrente 77,5. Ung. Goldrente 94,5. Russen de 1877 95,5. Franzosen

## Produkten - Börse.

Berlin, 14. September. Wind: NW. Wetter: Leicht bewölkt. Weizen per 1000 Kilo loko 190—235 M. nach Qualität gefordert. R. geib. — M. ab Bahn bez., per September — bez., per September-Oktober 199—200—199½ bez., per Oktober-November 195 bis 195½ bez., per November-Dezember 194—194½ bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 196—197 bez. Gefündigt 11,000 Zentner, Regulierungspreis 199½ M. Roggen per 100 Kilo loko 186—204 M. nach Qualität gefordert, russischer 195—191 ab Kahn bez., neuer inländischer 196 bis 202 M. ab Bahn bez., feiner — M. a. B. bez., per September 186—187½ M. bez., per September-Oktober 183—185 bez., per Oktober-November 179—181½ bez., per November-Dezember 178—179½ bezahlt, per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 175—176 bez., Gefündigt — Zentner, Regulierungspreis — M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 150—195 nach Qualität gefordert. Hafer per 1000 Kilo loko 135—165 nach Qualität gefordert, russischer 135—142 bez., ost- und westpreußischer 135—145 bezahlt, pommerischer und mecklenburgischer 138—145 bez., schlesischer 135—145 bez., böhmischer 135—145 bez., per September — bez., per September-Oktober 139 bezahlt, per Oktober-November 185½ bez., per November-Dezember 184½ bez., per April-Mai 138 bez., Gefündigt 5000 Zentner, Regulierungspreis 140 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochmaare 190 bis 205 M. Futterwaare 180—189 M. Mais per 1000 Kilo loko 128—132 bez. nach Qualität, rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab Kahn bez. — Weizen mehl per 100 Kilo brutto 00: 31,00 bis 30,00 M. 0: 29,50 bis 28,50 M. 0/1: 28,50 bis 27,50 M. — Roggenmehl inkl. Sac 0: 27,50—26,50 M. 0/1: 26,25—25,25 M. per September 26,05—26,10 bez., per September-Oktober 25,75—25,80 bez., per Oktober

November 25,40—25,45 bez., per November-Dezember 25,25 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 24,80 bez. Gefündigt — Zentner, Regulierungspreis — bez. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps neuer 220—245 M. Winterrüben neuer 215—240 M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fas 54,5 M. flüssig — M. mit Fas 54,8 M. per September 54,6 bez., per September-Oktober 54,6 bez., per Oktober-November 54,8 bez., per November-Dezember 55,5 bezahlt, per Dezember-Januar — bez., per September-Februar — bez., abgel. Sch. — bez., April-Mai 57,8—57,7 bez., Gefündigt 1000 Zentner, Regulierungspreis 54,5 bez. — Leinöl per 100 Kilo loko 65½ bez., — Petroleum per 100 Kilo loko 30 M. per September 29,0 bez., per September-Oktober 28,5—28,4—28,5 bez., per Oktober-November 28,6 M. bez., per November-Dezember 28,8 bez., per Dezember-Januar 29,3 M. bez., per April-Mai — bez., Gefündigt — Zentner, Regulierungspreis — bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 59,9 bez., per September 61,0—60,7—60,8 bezahlt, per September-Oktober 57,9—57,5—57,6 bez., per Oktober-November 56,1—56,0 bez., per November-Dezember 55,3—55,2 bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 56,7—56,5—56,6 bezahlt. (Berl. Börs-Ztg.)

Bromberg, 14. September 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: luftlos, alter, hochbunt u. glasig 220—230 M. neuer abf. Qualität 160—200 M. Roggen: unveränd. feiner loco inländischer 185—192 M. abfallende Qualität 170—180 M. Gerste: feine Brauwaare 175—180 Mark, große 160—165 Mark, kleine 145—155 Mark. Hafer: loco alter 160—170 M. Roggenmehl inkl. Sac 0: 27,50—26,50 M. 0/1: 26,25—25,25 M. per September 26,05—26,10 bez., per September-Oktober 25,75—25,80 bez., per Oktober

Mais: Rüböl: Raps: ohne Handel. Spiritus: niedriger, pro 100 Liter à 100 p.Ct. 58—59 M. Rubelcours: 209,75 Mark.

Stettin, 14. September. An der Börse) Wetter: Trübe. Temperatur + 16 Grad. Barometer 28. Wind: W. Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loko 192—196 M. feuchter mit Auswuchs 155—180 M. weicher 195—200 M. per September-Oktober 195 M. bez., per Oktober-November 191,5 M. bez., per Frühjahr 191—191,5 M. bez. — Roggen fester, per 1000 Kilo loko inländischer 180—190 M. russischer 180—184 M. per September-Oktober 178 bis 179 M. bez., per Oktober-November 175,5—176,5 M. bez., per Frühjahr 170,5 M. bez. — Gerste unveränd. per 1000 Kilo loko geringe 140—145 M. Br. Oderbruch und Märker 150—156 M. bez. — Hafer still, per 1000 Kilo loko pommerscher 142—145 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Winterrüben matter, per 1000 Kilo loko 220 bis 244 M. per September-Oktober 246—245 M. bez., per Oktober-November 245 M. bez., per April-Mai 261 M. Br. — Winterraps per 1000 Kilo loko — M. — Rüböl geschäftslos, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleingefangen 55 M. Br. per September 55 M. Br., per November-Dezember — M. bez., per April-Mai 58 M. Br. — Spiritus nahe Termine matter, spätere behauptet, per 10,000 Liter p.Ct. loko ohne Fas 60,3 M. bez., per September 59,7—59,5 M. bez., per September-Oktober 58,6—58,8 M. bez., per Oktober-November 54,6 M. bez., per November-Dezember 54 M. bez., per Frühjahr 55 M. bez. u. Gd. — Angemeldet: nichts — Regulierungspreise: Weizen 195 M. Roggen 178,5 M. Rüböl 245,5 M. Rüböl 55 M. Spiritus 59,6 M. — Petroleum loko 10,2—10,2 M. tr. bez., alte Usanz — M. bez., per September-Oktober — M. tr. bez., Regulierungspreis 10,25 M. (Ostsee-Ztg.)

Berlin, 14. September. Das gestrige Nachgeschäft hatte recht matt geschlossen; aber die niedrigeren Kurse fanden an den fremden Börsen keinen Anfang, und die heute vorliegenden Meldungen von außerhalb lauteten seiter. Ancheinend hatte das hiesige Haushaltsterrorismus bemüht, die Tendenz der fremden Pläne zu stützen. Nur die abermalige Mattigkeit der österreichischen Valuta wirkte verstimmt. Doch setzte ein Theil der leitenden Papiere wesentlich über den gestrigen 3 Uhr-Kursen ein; Kreditaktien gewannen gegen dieselben 3 M. Elberthal 5½ M. auch fremde Renten, namentlich ungarische Goldrente und rumänische Anleihe stellten sich bei mäßig regem Umsätze höher. Auch Bergische zogen 1 p.Ct. an, während die übrigen deutschen Bahnen.

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 14 September 1880.

### Preussische Fonds- und Geld-Courte.

Consol. Anleihe

do. neue 1876

Staats-Anleihe

Staats-Schuldh. 3½

Od.-Deichh.-ObL.

Berl. Stadt-ObL

do. do.

Schldv. d. B. Rfm.

P. s. a. n. d. b. r. i. e. f. e.

Berliner

do.

Landsch. Central

Kur. u. Neumärk.

do. neue

do. neue 4½

R. Brandbg. Kred.

Ostpreußische

do.

Pommersche

do.

Posensche, neue

Sächsische

Schlesische altl.

do. alte A. u. C. 4½

do. neue A. u. C. 4½

Westpr. rittersch.

do.

do. II. Serie

do. neue 4½

do.

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk.

Pommersche

Posensche

Sächsische

Schlesische

Souveränes

20-Frankfurte

do. 500 Gr.

Dollars

Imperials

do. 500 Gr.

Fremde Banknoten

do. einlösbar. Leipz.

Franzö. Banknot.

Desterr. Banknot.

do. Silbergulden

Russ. Noten 1000 Mbl.

Deutsche Fonds.

P. A. v. 55/100 Th.

Hess. Pr. sch. a 40 Th.

Bad. Pr. v. o. 67.

do. 133,75 bez.

do. 174,00 bez.

Bair. Präm.-Anl.

do. 135,50 bez.

Braunsch. 20 thl.-L.

do. 98,00 bez.

Brem. Anl. v. 1874

Cöln.-Md.-Pr. Anl. 3½

Dest. St. Pr. Anl. 3½

Goth. Pr. Pfdr. 5

do. II. Abth.

Gb. Pr. A. v. 1866

do. 186,50 bez.

Lübecker Pr. Anl.

do. 187,10 bez.

Wien östl. Nähr. 8 L.

Wiedenb. Eisenbisch.

Meininger Loote

do. Pr. Pfdr.

Odenburger Loote

D.-G.-C.-B.-Pfdr. 110

do. do.

do. 102,50 G

do. 100,10 G

do. 102,50 G

do. 100,90 G

do. 99,75 G

do. Hyp.-Pfdr.

papiere vernachlässigt blieben. Schlesische Devisen, namentlich oberschlesische, erschienen matt. Dagegen erholteten sich deutsche Bank-Aktien um 1½ p.Ct.; man erwartete, daß ein sehr günstiger Abfluß in der heutigen Aufsichtsraths-Sitzung vorgelegt werden würde. Diskonto-Kommandit-Anteile brachten ½ p.Ct. von ihrem gestrigen Rückgang wieder ein. Unverändert matt blieben dagegen Dortmunder Union und Laurahütte, so wie die meisten Bergwerkspapiere. Die Spekulation meinte aus den bereits gemachten Mitteilungen über das Vorjahr auf einen verhältnismäßig weniger günstigen Abfluß schließen zu müssen. Die übrigen Spielpapiere lagen still. Gegen Baar gehandelte Aktien rubig, Anlagenwertthe menig fest. Anfangs schwankten die Mitteilungen über

## Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Badische Bant

Bl. f. Rheinl. u. Westl.

El. f. Sprit.-u. Br.-B.

Br. Handels-Ges.

do. Kassen-Verein

Breslauer Dist.-Bt.

Centralb. f. B.

Centralb. f. S. u. H.

Coburger Credit.-B.

Cöln. Wechslerbank

Daniger Privatb.

Darmstädter Bank

do. Zettelbank

Dessauer Creditb.

do. Landesbank

Deutsche Bank

do. Genossenb.

do. Hyp.-Bank.

do. Reichsbank

Disconto-Comm.

do. V. St. gar.

do. Lit. B. St. gar.

do. Lit. C. v. St. gar.

do. Ludwigsh.-Bergb.

do. Grundtredd.

do. Hypoth. (Hübner)

do. Königsb. Vereinsb.

Leipziger Creditb.

do. Discontob.

do. Hypoth.-B.